

HHS4\_V132 - Reduzierung Aktionen und Veranstaltungen der Umweltpädagogik und Öffentlichkeitsarbeit  
Antrag: CDU

Seite HH-Plan	Produktgruppe	Kontierungsobjekt	Plankonto/FiPo	
153	5610-310	1.310.56.10.08	44200000	
Aufwand (in Euro)				
2026	2027	2028	2029	2030
-49.000	-49.000			
Wählen Sie ein Element aus				
2026	2027	2028	2029	2030

Mit den hier zur Disposition gestellten Mitteln organisiert der Umwelt- und Arbeitsschutz seine öffentlichen Formate und Materialien zur Information, Bewusstseinsbildung und Aktivierung der Karlsruher Bevölkerung sowie der Stadtverwaltung zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten der Natur- und Umweltbildung sowie zu nachhaltiger Beschaffung/nachhaltigem Konsum und Ernährung, Eine Welt und Fairer Handel. Dem zugrunde liegen unter anderem vom Gemeinderat verabschiedete Beteiligungen der Stadt Karlsruhe an bundesweiten Initiativen, wie die Mitgliedschaft im Bio Städte Netzwerk oder Karlsruhes Zertifizierung als Fairtrade Stadt seit 2010. Daneben werden immer wieder aktuelle gesellschaftliche Themen aufgegriffen, die aus der Bürgerschaft an die Stadt herangetragen werden. Hierzu zählen beispielsweise die Fairen Wochen, die seit 2009 etabliert sind und seitdem unter aktiver Beteiligung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen mit vielfältigem Programm jährlich stattfinden, weitere Aktivitäten im Rahmen der Fairtrade-Stadt Kampagne oder aktuelle Formate wie der Karlsruher Ernährungsgipfel als Kooperation von Stadt, KIT und bürgerschaftlichen Projektgruppen. All diese Formate haben das Ziel, eigenen Aktivitäten der stadtgesehlichen Akteure zu besserer Sichtbarkeit zu verhelfen, gemeinsam mit ihnen Angebote zu entwickeln, die sich positiv auf das Leben in Karlsruhe auswirken und Netzwerke zu schaffen, die Projekte nachhaltig tragen. Durch diese Mittel langjährig entwickelte Strukturen und Formate stärken ehrenamtlich Engagierte und Bürgerschaft im Sinne der Nachhaltigkeit. Bei Streichung dieser Mittel sind Aktionen wie die Fairen Wochen und die Beteiligung Karlsruhes an der Fairtrade Stadt-Kampagne nicht mehr realisierbar.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.